

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Pant.-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,65 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in 1928: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zellenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm 30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz R. S., Großböhndorf, Bretznig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlitzschmann, Freibersdorf, Thlemendorf, Wittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 272

Donnerstag, den 22. November 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In Dhorn sollen zwangsweise gegen Barzahlung meistbietend öffentlich versteigert werden:

I. Freitag, den 23. November 1928, vormittag 10 Uhr im Gasthof zur Eiche
9900 Meter Schuhstreifen und 64 Dugend Hosenträger;

vormittag 11 Uhr im Gasthaus zur Silberweide
1 Buttermaschine, 1 Runkelrübenschnidemaschine, 1 Pflüschsofa und 1 Wanduhr;

II. Sonnabend, den 24. November 1928, vorm. 11 Uhr im Gasthaus zur Silberweide
1 Schreibsekretär und 1 Grammophon;

ferner mittags 12 Uhr an Ort und Stelle
22 Rollen Bandseifen.

Sammelort der Bieter im Gasthof zur Eiche.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz, am 22. November 1928

Freitag, den 23. November 1928, vorm. 10 Uhr sollen in Pulsnitz, Restaurant zum Bürgergarten

ca. 60 Paar Damenschuhe, Kinderschuhe und Lederpantoffeln,
1 Kommode, 1 Tisch;

nachm. 3 Uhr in Oberlichtenau, Sammelort der Bieter: Gasthaus zu den Binden,
1 Ledertafel, 2 große Warenegeale, 1 Schreibpult, 25 Meter Herrenkleiderstoff, 25 Stück Leder- und Stoffhosen

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, den 22. Novbr. 1928. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Zum Reichstag ging die Debatte über die Eisenpolitik zu Ende. Durch verschwenderischen Verschleiß einer Bankierstochter ist ein Bankhaus in Freiburg (Schlesien) zusammengebrochen. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist bei der Handelsabteilung für den Westen eine besondere deutsche Abteilung geschaffen worden. Nur wie durch ein Wunder verursachte eine Explosion in Vincennes (Frankreich) nicht noch mehr Opfer, denn in der Nähe der Unglücksstätte befand sich ein Lager von 100 Millionen Bändern, deren Explosion die ganze Kartuschensfabrik in die Luft gesprengt hätte.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Märchen-Aufführung.) In sechs Bildern zog im großen Saale des Schützenhauses die Märchenaufführung „Die sieben Raben“ am letzten Dienstag nachmittag und abend an uns vorüber. Das Märchen — uns allen aus Buchsteins Märchenbuch bekannt — wurde, mit einigen für die Bühnenaufführung berechneten Abweichungen, mit voller Hingabe von den freundlichen Helferinnen des Kindergottesdienstes dargestellt. Es ist schwer zu sagen, welche Szene die packendste war; ob im Wald mit dem kunstvoll gebauten Brunnen, ob im Himmelsraum mit dem mit rastloser Mühe überall besetzten zahlreichen goldenen Sternen, ob im Glaspalast der sieben von Kopf bis zu den Füßen wirklich „kohlrabenschwarzen“ Raben, oder im gemütlichen Zimmer der Eltern. Alles war wunderschön und zeugte von rastloser Kleinarbeit, die von Frau Pfarrer Schulze, die sich wieder der Mühe der Einübung unterzogen hatte, geleistet wurde und der an dieser Stelle besonders gedankt werden soll. Besonders auch, da sie das Schlüsselspiel, „Die Heimkehr der Kinder“, was in der Aufführung fehlt, selbst noch hinzugefügt hat. Das vollbesetzte Haus am Nachmittag und Abend war ein Beweis, wie jeder ein Herz hat für die Sache des Pulsnitzer Kindergottesdienstes, dem der Reingewinn der Aufführungen zugute kommt. Herzlich gedankt sei allen, die sich helfend in den Dienst der guten Sache gestellt haben.

(Stempelabdrucke in Drucksachen.) Anscheinend herrscht in der Öffentlichkeit noch immer Unklarheit darüber, wie die Reichspost Zusätze in Drucksachen beurteilt, die durch Stempelabdruck gemacht werden. Zur Beseitigung von Zweifeln machen wir darauf aufmerksam, daß durch Stempel hergestellte „Vervielfältigungen“ nicht als Drucksachen im postalischen Sinne gelten. Drucksachen, die mit Stempel bewirkte Zusätze enthalten, werden daher ebenso behandelt, wie handschriftlich ergänzte Drucksachen.

(Ministerpräsident Helldt erkrankt.) Wie uns aus Dresden gemeldet wird, ist Ministerpräsident Helldt an eitriger Kieferhöhlenentzündung erkrankt.

(Gegen die Schwarzarbeit.) Wie uns aus Dresden gemeldet wird, hat das Wirtschaftsministerium folgende Verordnung erlassen: Die Klagen über Uebernahme gewerblicher Nebenarbeit, sogenannte Schwarzarbeit, durch anderweitig beschäftigte Arbeiter und Angestellte nehmen in letzter Zeit ständig zu. Die Verwaltungsbehörden werden daher angewiesen, beim Bekanntwerden solcher Fälle zu prüfen, ob der Unternehmer eines solchen Nebengewerbes der in § 14 der Reichsgewerbeordnung vorgesehenen Anzeigepflicht entsprochen hat und seinen steuerlichen Verpflichtungen nachkommt. Bei Verletzung der Anzeigepflicht ist eine Bestrafung nach § 148, 1 der § 30 herbeizuführen und bei Verletzung steuerlicher Pflichten der zuständigen Finanzbehörde Kenntnis zu geben.

Mißtrauensvotum gegen Dr. Stresemann vom Reichstag abgelehnt

14 Millionen Bauern hungern in China — Die belgische Presse zur Stresemannrede — Keine Antwort Frankreichs auf die Stresemannrede — Das Echo der Stresemannrede in Rom

In der Dienstagssitzung des Reichstages fand die Abstimmung über den von den Nationalsozialisten eingebrachten Mißtrauensantrag gegen Dr. Stresemann statt. Die Deutsch-nationalen beantragten namentliche Abstimmung.

Der Mißtrauensantrag wurde mit 219 gegen 96 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Mit den Nationalsozialisten und der Christlichen Bauernpartei stimmten die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Alle anderen Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen, nur der nationalsozialistische Antrag auf Einstellung der Daweszahlungen wurde gegen die Antragsteller und die Christlich-Nationale Bauernpartei verworfen.

Fortsetzung der außenpolitischen Aussprache.

18. Sitzung, Dienstag, den 20. November.

Im Verlauf der Beratungen über Außenpolitik und Angelegenheiten der besetzten Gebiete ging in der Reichstagsitzung vom Dienstag ein Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein.

In der Debatte kam zunächst der Kommunist Münzberg zu Wort. Er fragte, warum sich der Kanzler über die Mißerfolge der deutschen Delegation in Genf ausschweige. Er nannte es „bezeichnend“, daß er die Zustimmung des Grafen Westarp fand. Er wollte daraus den Schluß ziehen, daß der Reichskanzler keine Arbeiterpolitik treibe.

Eingehend beschäftigte sich der Redner mit dem Mißerfolg des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage. Es drohe vor allem ein Krieg Englands gegen Rußland. Die deutsche Außenpolitik sei völlig proenglich und antirussisch.

Die Kommunisten würden im Falle eines Krieges die Reichswehr und die Flotte auffordern, die Gewehre gegen den Feind im eigenen Land umzudrehen, um den russischen Freunden zu helfen.

Für die Volkspartei sprach der Abgeordnete Freiherr von Rheinbaben. Seine Freunde seien mit den Darlegungen des Außenministers einverstanden. Der Redner der Wirtschaftspartei, Professor Bredt, habe recht gehabt, als er sich dahin äußerte, man könne sämtliche Forderungen des Grafen Westarp unterstreichen. Zustimmung müsse man aber auch dem Zentrumsgesandten Raas. Es sei wirklich sehr ernüchternd in Genf gewesen, daß Deutschlands berechnete Forderungen in der Abrüstung von den anderen Ländern abgelehnt wurden. Wir müßten unsere Politik auf eine einfache Parole bringen. Wir müßten die

Wiederherstellung unserer territorialen und finanziellen Souveränität

verlangen. Alles andere müsse zunächst zurückstehen. Bei der Rede des Zentrumsgesandten Dr. Raas sei ihm die Melodie in den Sinn gekommen: „Ein bißchen Lieb, ein bißchen Treu und ein bißchen Falschheit dabei!“ Seit 1925/26 habe sich die politische Situation geändert. Englands Gegensatz zu den Vereinigten Staaten habe sich verschärft. Es habe auch die politischen Beziehungen zu Rußland abgebrochen.

Die Tatsache des englisch-französischen Flottenabkommens sei geeignet, die deutsche Politik der Verständigung aufs Schwerste zu stören.

Der Gesamtaufwand Frankreichs für das Militärbudget 1928 beträgt 11½ Milliarden Francs.

Das sind fast 2 Milliarden Goldmark. Frankreichs

stehendes Heer umfaßt 601 000 Mann, darunter ein Berufsheer von 400 000 Mann. Da muß der Reichstag endlich die Frage an die englische Politik richten, ob sie es verantworten kann, diese Dinge zu billigen.

Für den Augenblick, aber auch für die ganze kommende Generation, seien die Reparationsverhandlungen von schwerster Tragweite. Deutschland gleiche einem Retordläufer, der laufe und laufe, und nicht wisse wohin. Auf Grund der Locarnopolitik seien wir

in der Lage, übertriebene Forderungen abzulehnen.

Die Landwirtschaft müsse an den Verhandlungen beteiligt werden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber seien in einer Schicksalsgemeinschaft vereint. Der Führer des Reichslandbundes, der frühere Minister Schiele, habe in einer Rede kürzlich die positive Einstellung zum Staat gefordert. Damit sei es unverträglich, daß der Abgeordnete Hepp als Zweiter Präsident des Reichslandbundes seine Unterschrift für seinen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister gäbe.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Breitscheid will sich damit begnügen, auf einige Punkte in der Erklärung des Außenministers einzugehen. Immer wieder hätten wir von dem gleichen gesprochen.

Dr. Bredt und Freiherr von Rheinbaben hätten gefordert, daß die Außenpolitik nach Möglichkeit nicht durch innerpolitische Einstellungen beeinflusst werde. Die Sozialdemokratie sei diesem Anspruch in weitem Maße gerecht geworden. Brüninghaus' Anspruch, daß Macht vor Recht gehe, sei allerdings kein ewiges Gesetz. Vielmehr müsse man den Rechtsgedanken über den Machtgedanken stellen.

Die jetzige Regierung, so behauptete der sozialdemokratische Abgeordnete, sei die erste, die sich bemühe, das Salbdunkel der auswärtigen Politik zu erhellen. Sie habe die klare Forderung der Rheinlandräumung vor dem Völkerbund erhoben. Graf Westarp habe den parlamentarischen Mitgliedern der Völkerbundsdelegation den Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Verhandlungen der Delegation in den Rücken gefallen wären. Breitscheid versuchte den Vorwurf zu entkräften, daß er sich äußerte, es habe sich um private Unterhaltungen gehandelt. Die parlamentarischen Vertreter hätten sich nur bemüht, eine mittlere Linie für eine Einigung zu finden.

Abg. Emminger (Bayr. Sp.) hebt hervor, daß die deutsche Außenpolitik in den letzten Monaten in einer schweren Krise stand, die jetzt noch nicht überwunden ist.

Der Gedanke des Friedens

habe in der Welt noch nicht die Fortschritte gemacht, die man erwartet habe. Mit der Sprache sollte ein ernstes Wort geredet werden, damit die Deutschen dort rücksichtsvoller behandelt werden. Deutschland sei infolge seiner Lage immer wieder in Gefahr, in einem europäischen Krieg der Schauplatz der Kämpfe zu werden. Schon um seine Neutralität wirksam schützen zu können, müsse es daher eine brauchbare, tüchtige Wehrkraft aufrecht erhalten. In der Völkerbundspolitik sei zweifellos ein Rückschlag zu verzeichnen.

Ein Land, das seine Grenzen nicht schützen könne, sei nicht wert, ein selbständiges Staatsgebilde zu sein. Den phrasenhaften pazifistischen Gedankengängen hielt er entgegen, daß überall Bündnisverträge abgeschlossen seien, die vielleicht nicht mit dem Buchstaben, aber mit dem Geiste des Völkerbundes im Widerspruch stünden.

Auch der Nationalsozialist Graf Reventlow erklärte, die Locarno-Politik sei in Genf begraben worden. Briand, der von den bisherigen deutschen Regierungen zum Nationalheiligen gemacht worden sei, habe in Genf seinen Heiligenschein verloren.

Der Minister habe gesagt, daß das Flottenabkommen zwischen